

Der rote Stichling



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die erste Ausgabe des „Roten Stichling“ in Ihren Händen. Mit diesem Informationsblatt lässt die SPD Lindau eine alte Tradition wieder aufleben und informiert Sie zeitnah über wichtige Themen und das politische Geschehen in unserer schönen Heimatstadt.

Wir möchten Sie dabei sowohl auf die Aktivitäten des SPD-Ortsvereins hinweisen als auch über die Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion informieren. Denn nicht nur wir, sondern auch politisch interessierte Besucherinnen und Besucher von Stadtratssitzungen mussten in der Vergangenheit immer wieder feststellen, dass darüber in der örtlichen Presse nicht oder nur unzureichend berichtet wird.

Vor allem aber wollen wir aktuelle Missstände in Lindau aufdecken, die es aus Sicht der SPD zu bekämpfen und zu beseitigen gilt. Wir legen Finger in Wunden, die von anderen politischen Gruppierungen, von der Stadtverwaltung oder der Oberbürgermeisterin gerne verschwiegen werden. Fakt ist: Auch in unserer schönen Heimatstadt lebt man nicht überall in einer heilen Welt.

Unser Redaktionsteam verspricht Ihnen, im Interesse aller Lindauer Bürgerinnen und Bürger weiter am Ball zu bleiben.

Bis zur nächsten Ausgabe

Ihr Hans-Jörg Boschner (Stellv. Vorsitzender der SPD Lindau)

Lindau - (k)eine Stadt für arme Leute?

Von Barbara Krämer-Kubas und Hans-Jörg Boschner

Unsere Heimatstadt, berühmt für ihre Schönheit, Tagungsstadt, Tourismusstadt mit Industrie und Handel – eine Insel der Seligen? Oder gibt es auch bei uns die nicht so schönen Seiten einer immer mehr auf Profit und Egoismus ausgerichteten Gesellschaft? Und welche Angebote gibt es für Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen?

Petra und ihr kleiner Bruder Marco waren diesen Sommer gerne mit Ihren Freunden im Strandbad. Dass sie so oft gehen konnten verdanken sie der SPD Lindau, weil der Lindaupass, ohne den Sie dieses Vergnügen nicht gehabt hätten, 1999 auf Antrag der SPD-Fraktion eingeführt wurde. Denn das Einkommen ihrer Eltern erlaubt sonst solche kleinen Extras nicht. Trotz einer Vollzeitbeschäftigung und eines Zuverdienstes muss die Familie,

wie viele andere auch, am Notwendigsten sparen. Gäbe es die Lindauer Tafel nicht, wüsste ihre Mutter oft nicht, was sie der Familie zum Essen auf den Tisch bringen kann. Für viele Bürger selbstverständliche Annehmlichkeiten zu genießen wie gelegentliche Restaurantbesuche, Theater, Konzerte, Kino oder gar Urlaub, davon kann diese Familie nur träumen.

Es ist nicht mehr zu leugnen, dass es auch in Lindau (zu) viele arme Mitbürger gibt. Die Stadt Lindau hat bis Anfang August 173 Lindaupässe ausgegeben. Bei der Lindauer Tafel der Caritas sind zur Zeit über 300 Einzelpersonen und Familien registriert. In Gesprächen mit zuständigen Mitarbeitern von Behörden und Hilfsorganisationen lässt sich erkennen, dass die Zahl derer, die Hilfe in irgendeiner Form benötigen, stetig wächst.

Inhalt

Editorial..... 1

Lindau - (k)eine Stadt
für arme Leute? 1

Nachruf auf Hilde Vogler 3

Tagungsstandort Lindau 4

Kindergarten in Nöten..... 4

Bildung für alle - jetzt! 6

SPD-Landtagskandidat
Bernd Haberkorn..... 7

„Auf Schnüffeltour“ in Lindau ... 8

Das Impressum finden Sie auf Seite 5.



Der Lindauer Tafelladen in Reutin und der Rot-Kreuz-Laden auf der Insel sind nur zwei Beispiele für Orte, an denen Bedürftige in der Stadt Lindau Unterstützung finden.

Zwei Beispiele sollen stellvertretend zeigen, dass Menschen, die aus verschiedenen Gründen in Not geraten sind, selten ohne fremde Hilfe aus dem Teufelskreis von Armut und sozialem Abstieg herauskommen können.

Da gibt es einmal den Fall von Saskia, einer Frau Ende 50, die in die Mühlen der Verwaltung geraten ist. Nach langer Pflege eines Angehörigen hat sie mit Ende 40 noch das Glück gehabt, eine Stelle zu finden, die sie ausfüllt. Obwohl sie sich mit Liebe und Leidenschaft engagiert hat, wurde ihr aus den üblichen Rationalisierungsgründen der Stuhl vor die Tür gesetzt.

Danach folgte ein Hickhack zwischen Saskia, der Agentur für Arbeit und der Rentenanstalt, was mit ihr geschehen sollte. Einer schob dem anderen den Schwarzen Peter zu, und am Ende fiel sie durch das soziale Netz.

Gerade in Bayern wird dies viel weiter geknüpft als in anderen Bundesländern, die Empfängern von Sozialleistungen durchaus größere Freiheiten zugestehen. Ob dies nun die Wohnungsgröße oder Freibeträge betrifft, in unserem Land ist der sog. „Ermessensspielraum“ der Behörden kaum vorhanden. Gezwungenermaßen musste sie, zerrieben zwischen den Zuständigkeiten, die Beiträge für Kranken- und Rentenversicherung vom wenigen Ersparten selbst aufbringen.

Fazit: Trotz jahrelangem sozialen Engagements, des Sich-Einsetzens für andere bleibt am Ende nichts übrig als sich stark einzuschränken und sich in der Armut einzurichten.

Ein anderes Schicksal betrifft die Familie von Petra und ihrem kleinen Bruder Marco. Vor einigen Jahren wurde ihr Vater arbeitslos, trotz guter Qualifikation und eines Rekordgewinns seiner Firma wegen „Sparmaßnahmen freigestellt“. Zu jenem Zeitpunkt war das erste Kind unterwegs, die Frau hatte einen befristeten Arbeitsvertrag, der selbstverständlich nach Bekanntwerden der Schwangerschaft trotz anderslautender Vereinbarung nicht verlängert wurde.

Also fiel auf einmal vom vorher recht ordentlichen Familieneinkommen so viel weg, dass die Raten für das eben erst erworbene und mit viel Liebe restaurierte Eigenheim nicht mehr bedient werden konnten. Was danach folgte – davon kann Herr Herrscher von der Schuldnerberatung des Landratsamtes ein mittlerweile vielstimmiges Lied singen – waren die Kündigung des Hypothekendarlehens, Zwangsversteigerung und letztendlich die Schuldenfalle, aus der man, wenn überhaupt, nur durch ein Privatinsolvenzverfahren herauskommt.

Das bedeutet mindestens sieben Jahre Verzicht auf alles, was über die Pfändungsfreigrenze hinausgeht. Bei einer vierköpfigen Familie ist dieser Betrag auf ca. 1800 Euro festgesetzt. Bei einer Einzelperson liegt diese Grenze bei ca. 1000 Euro.

Danach ist man zwar schuldenfrei und könnte wieder von vorne anfangen. Aber leider ist es mittlerweile so, dass nach längerer Arbeitslosigkeit oft eine derart schlecht entlohnte Stelle angenommen werden muss, dass selbst bei Vollzeitbeschäftigung zu wenig Netto übrig bleibt. Es müssen erst zusätzliche Leistungen wie Wohngeld, Kinderbetreuungsbeihilfe oder gar „Hartz IV“ in Anspruch genommen werden, um überhaupt diese Pfändungsfreigrenze, die ja letztlich das Existenzminimum darstellt, zu erreichen.

Der Lindaupass

Der Lindaupass wurde auf Vorschlag der SPD und auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion eingeführt. Mit ihm erhält man zurzeit folgende Leistungen:

- Freier Eintritt für Jugendliche im Strandbad Eichwald
- Freier Eintritt im Stadtmuseum
- 5 € Ermäßigung auf die Monatskarte beim Stadtbus (zurzeit von ca. 20 Personen genutzt)
- Ermäßigungen auf Kursgebühren bei der Volkshochschule (ebenfalls ca. 20 Personen)
- Ermäßigungen im Stadttheater (genutzt von jährlich 20 Personen)
- Befreiung vom Jahresbeitrag bei der Stadtbücherei (genutzt von ca. 30 Personen)
- Kostenlose Nutzung des Internet in der Stadtbücherei

Die SPD Lindau fordert eine umfassende Erweiterung der derzeitigen Nutzungsmöglichkeiten des Lindaupasses.

- Alle städtischen Einrichtungen und solche, auf die die Stadt direkten Einfluss hat, müssen einbezogen werden.
- Die Ermäßigungen müssen in ihrer Höhe für die Bedürftigen auch wirklich spürbar sein.
- Der Lindaupass muss als Nachweis der Bedürftigkeit in Lindau uneingeschränkt anerkannt sein.

Naturgemäß gibt es immer Stimmen, die behaupten, sogar das sei noch zu viel, und außerdem seien die Menschen letztendlich selbst an ihrer Situation schuld. Solche Äußerungen kommen gerne von jenen, die sich keine Gedanken um ihr Auskommen machen müssen und deren Vermögen vielfach auf Kosten der weniger Wohlhabenden erwirtschaftet wurde.

Dem kann man nur entschieden entgegentreten. Denn selbst für eine Familie mit einem durchschnittlichen Einkommen – in Deutschland zurzeit ca. 3500 Euro – wird es zunehmend schwieriger, damit auch auszukommen. Dies ist zwar meist mit steigenden Preisen für Energie und Lebensmittel begründbar, doch auch die Kosten für Freizeitaktivitäten und Bildung nehmen mittlerweile ein Ausmaß an, das für viele nicht mehr leistbar ist.

Welche Auswirkungen dies für unsere Gesellschaft haben wird, ist bislang zwar erst ansatzweise zu erkennen, aber der Trend ist unverkennbar: Vereine verlieren kontinuierlich Mitglieder, Hilfsprojekte benötigen mehr und mehr Mittel, um ihre Aufgaben zu bewältigen, und immer mehr soziale Brennpunkte entstehen. Wie aber kann man dieser Entwicklung entgegensteuern? Wir von der SPD Lindau stehen dafür, alle zu unterstützen, die Hilfe benötigen, und schlagen dafür folgende Maßnahmen vor:

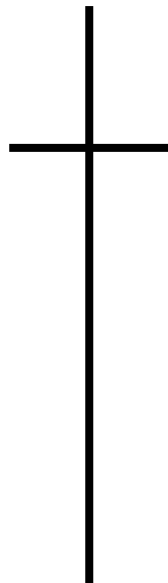
- Die Nutzungsmöglichkeiten des Lindaupasses (siehe Infokasten) müssen umfassend erweitert werden, wie dies schon bei seiner Einführung von der SPD gefordert, aber von der Mehrheit des Stadtrates abgelehnt wurde.
- Die Stadt sollte zudem an Vereine mit dem Ziel herantreten, für sozial Schwache und vor allem für deren Kinder eine ermäßigte Mitgliedschaft in Verbindung mit dem Lindaupass zu ermöglichen.
- Auch sollte die Stadt mit verschiedenen Einrichtungen Vereinbarungen treffen, nach denen der Lindaupass als Nachweis für die Bedürftigkeit anerkannt wird.

Gerade weil in Bayern leider immer noch die Herkunft über Lebensweg und Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen entscheidet und nicht die eigenen Fähigkeiten, kann und muss die Stadt Lindau hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Nur mit der Förderung von Bildung und Chancengleichheit kann eine Gesellschaft die Probleme des demographischen Wandels und die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Dafür steht die SPD – in Lindau, in Bayern und in Deutschland.

Übrigens: In der nächsten Ausgabe des „Roten Stichling“ werden private Hilfsorganisationen wie die Nachbarschaftshilfe e. V. und „Wir helfen“ ausführlich zu Wort kommen.

Zum Gedenken an Hilde Vogler

Von Hermann Dorfmueller



Die SPD in Stadt und Landkreis Lindau trauert um Hilde Vogler. Die Nachricht von ihrem Tod traf uns hart in unserer Mitte, denn da ist ein Stück unserer eigenen Identität weg gebrochen: DIE ROTE HILDE.

Seit über 40 Jahren war sie eine von uns, und wir waren stolz darauf, eine so engagierte Gewerkschafterin und Betriebsrätin für uns gewonnen zu haben.

Da war es eine Selbstverständlichkeit, dass sie 1978 in den Stadtrat einzog, dem sie bis 2002 angehörte. Kreisrätin wurde sie 1990 und blieb dies ebenfalls bis 2002. In diesen beiden Gremien setzte sie ihr bisheriges Engagement für die Menschen fort, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens standen. Diesen Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchten, sah sie sich verpflichtet. Dabei hat sie Großes geleistet: So viel, dass wir alle heute gar nicht in der Lage sind, dies alles zu würdigen. Sie selber hat darüber auch nie gesprochen. Mit ihrer gelebten Solidarität ist sie für uns ein Vorbild geworden, das wir nie erreichen konnten.

Erreicht hat sie nicht nur ihre Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, die sie fast alle in ihrer Gewerkschaft zusammenschloss, erreicht hat sie vor allem die vielen Frauen, die im Kunert-Fabrikladen ihre „Stöfle“ einkauften für das Selbstgenähte. Hier war Hilde die beredete Beraterin. Und wer mit einem besonderen „Schnäppchen“ den Laden verließ, hat oft obendrein noch erfahren, wer bei der anstehenden Wahl der richtige Kandidat oder die richtige Kandidatin sei.

Im SPD-Ortsverein - lange Jahre auch als Vorstandsmitglied - ist sie wegen ihrer persönlichen Ansprache und ihrer direkten Meinungsäußerung - nicht immer bequem, aber stets solidarisch - zur Institution geworden. Und wenn sie nicht da war, haben wir sie vermisst. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Tagungsstandort Lindau

Von Angelika Rundel

Seit die IHK-Initiative im Oktober 2006 ihre Pläne zu einem neuen Tagungszentrum am Bahnhof vorgestellt hat, wurde im Stadtrat und in der Bürgerschaft unzählige Male darüber diskutiert, ob die Stadt ein neues Tagungszentrum braucht, welche Größe dieses haben muss und welcher Standort dafür der beste ist.

Die SPD-Fraktion hat sich in dieser Diskussion von Anfang an klar positioniert: Es ist für uns keine Frage, dass Lindau das Tagungsgeschäft braucht und deshalb dringend zeitgemäße Bedingungen für Tagungsbesucher und Aussteller schaffen muss. Will man große Tagungen nicht verlieren und mithalten im Geschäft, muss schnellstmöglich etwas getan werden. Denn die 25 Jahre alte Inselhalle ist technisch nicht mehr auf dem neuesten Stand, sie verfügt nicht über genügend Nebenräume und hat auch sonst einige Mängel aufzuweisen. Kein Grund allerdings, sie deswegen gleich abzureißen oder ganz aufzugeben. Zumal die Inselhalle noch nicht abbezahlt ist, ein Abbruch ca. 3,5 Mio. Euro kosten würde und eine andere Nutzung nicht realistisch erscheint. Wir haben uns deshalb von Beginn an für eine zeitnahe Sanierung und einen Erweiterungsanbau ausgesprochen, in dem zusätzliche Nebenräume und ein größeres Foyer für Begleit-Ausstellungen untergebracht werden.

Manch einer mag deswegen erstaunt gewesen sein, als wir in der ersten Sitzung des neuen Stadtentwicklungsausschusses mitgestimmt haben, den Tagungsstandort Hauptbahnhof – unter Berücksichtigung des Faktors Zeit – derzeit weiter zu verfolgen. Ein Widerspruch zu unserer bisherigen Position? Mitnichten! Wir wollen nach wie vor keine Tagungshalle am Bahnhof, aber wir wollen endlich Klarheit darüber, ob eine Realisierung am Bahnhof im verabredeten Zeitrahmen bis 2015 überhaupt machbar ist.

Denn bisher wurde viel darüber spekuliert; eine eindeutige Aussage hierzu gab es aber von keiner Seite. Da für uns aber neben der Finanzierung der Zeitfaktor ein „k.o.-Kriterium“ ist, wollten wir endlich konkrete Fakten auf den Tisch bekommen. Deshalb haben wir darauf gedrängt, dass Frau Seidl gemeinsam mit beiden Bürgermeistern bei Herrn Mehdorn persönlich eine kla-

re Aussage darüber erwirkt, ob die Bahn das Bahnhofsgelände einschließlich der benötigten Bahnflächen zeitig genug räumt. Wir hegen diesbezüglich große Zweifel, weil zum einen alles von langwierigen Prozessen bei der Bahn abhängt – es seien nur die Umwidmung der Bahnflächen, die Unterführung, der Bau des Bahnhofs in Reutin genannt – und weil sich zum anderen die Bahn bisher als eher unzuverlässiger Partner gezeigt hat.

Liegt bis Ende dieses Jahres keine schriftliche oder eine abschlägige Aussage darüber vor, ob eine Realisierung bis zum Jahr 2015 zu schaffen ist, muss der Standort Bahnhof – auch von der Oberbürgermeisterin sowie der Stadtrats-Mehrheit aus CSU und FB – aufgegeben werden und die Sanierung Inselhalle mit Voll-dampf weiter verfolgt werden. Wir haben schon genügend Zeit verloren. Es muss nun endlich gehandelt werden!

Frau Seidl und die CSU hätten sich gerne noch die Möglichkeit offen gelassen, bei einer möglichen Absage der Bahn ein Tagungszentrum auf der Westlichen Insel zu bauen. Mit unserem Antrag, den Standort „Seeparkplatz“ nicht weiter zu verfolgen, hatten wir Erfolg: Es sprach sich eine knappe Mehrheit dafür aus, kein „weiteres Fass aufzumachen“.

Hoffen wir, dass auch bei so manchem Bahnhofs-Befürworter bis Januar die Erkenntnis reift, dass der Standort Inselhalle so schlecht gar nicht ist. Und vor allem eine Sanierung/Erweiterung mit einem abgespeckten Konzept für eine relativ kleine Stadt wie Lindau finanziell zu schultern ist. Ohne Abhängigkeit von der Bahn und ohne Abhängigkeit von Investoren.

Mitmachen - bewegen - gestalten

Machen Sie mit in der SPD.
Werden Sie jetzt Mitglied.

Engagieren Sie sich für ein l(i)ebenswertes Lindau.
Info unter 08382 - 9431766

Kindergarten in Nöten

Von Ursula Heuß

Auf der Insel am Alten Schulplatz steht die älteste Kinderbetreuungseinrichtung Lindaus: der Kindergarten St. Stephan. Seit weit über 100 Jahren widmet sich dieser Kindergarten der Betreuung und Entwicklung von Kindern. Generationen von Lindauern haben dort einen Teil ihrer Kindheit verbracht.

Verantwortlich für diese wichtige Lindauer Einrichtung war zunächst der „Evangelische Verein für Kinderversorgung“. Seit nunmehr 32 Jahren ist der Verein „Evangelische Diakonie in Lindau e.V.“ Träger des Kindergartens.

Immer wieder gelingt es, gesellschaftliche Veränderungen wahrzunehmen und durch eine Erweiterung des Angebots auf neue Bedürfnisse zu reagieren.

Nur drei Beispiele:

- Schon viele Jahre gibt es im Kindergarten St. Stephan das Angebot einer Ganztagesbetreuung und eines warmen Mittagessens.
- Die Öffnungszeiten werden immer weiter ausgedehnt, um so insbesondere den Wünschen berufstätiger Eltern entgegenzukommen.

- Um die Vielfalt der Kindergartenlandschaft zu erweitern, orientiert sich der Kindergarten St. Stephan seit einiger Zeit an der Montessori-Pädagogik

Frühzeitig erkennt die Evangelische Diakonie Lindau e.V. die Notwendigkeit von qualifizierten Betreuungsangeboten auch für Kleinkinder unter 3 Jahren und für Schulkinder, die nach dem Schulunterricht nicht durch ihre Eltern betreut werden können. Bereits im Jahr 2003 plant sie daher die Umgestaltung des Kindergartens in ein Kinderhaus für Krippenkinder, Kindergartenkinder und Hortkinder.

Im Zusammenhang mit dieser Umgestaltung müssen an dem Gebäude, das nun weit über 100 Jahre Lindauer Kindern ein zweites Zuhause bietet, notwendige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Auch die Stadtverwaltung (Bauordnungsamt) mahnt Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen an. Gefordert wird insbesondere ein weiterer Rettungs- und Fluchtweg für die Räume im Obergeschoss des Kindergartens. Die Diakonie stellt daher im Juni 2003 einen Antrag bei der Stadt Lindau auf Unterstützung für diese notwendigen Maßnahmen. Ein Bauantrag, der auch einen zusätzlichen Rettungsweg vorsieht, wird im Bauamt eingereicht.

Leider wird die Entscheidung über eine Beteiligung der Stadt Lindau an diesen notwendigen und teilweise gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen immer wieder vertagt und Jahr um Jahr verschoben. Die Stadt hat es bisher auch unterlassen notwendige Anträge auf Fördermittel, die der Freistaat Bayern für solche Maßnahme bereithält, zu stellen. Diese Untätigkeit gefährdet den weiteren Betrieb der ganzen Kinderbetreuungseinrichtung.

Momentan befindet sich die Kindertageseinrichtung in folgender Situation: Zwar wird wegen des dringenden Bedarfs ab September 2008 im Erdgeschoss eine zusätzliche Gruppe mit unter Dreijährigen eingerichtet. Diese provisorische Lösung ist jedoch zeitlich begrenzt; die Betriebserlaubnis für die Einrichtung erlischt in 1,5 Jahren, wenn die notwendigen Sanierungsmaßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt nicht durchgeführt sind. Wenn also nicht schnellstmöglich eine finanzielle Beteiligung der Stadt Lindau sichergestellt ist,

- muss diese historische Einrichtung auf der Insel schließen,
- brauchen 42 Kindergarten- und 12 Krippenkinder **sofort** neue Betreuungsplätze;
- verliert die Stadt einen seit über 30 Jahren zuverlässigen und engagierten Partner.

Seit über 30 Jahren betreut die Diakonie Kinder in dem Gebäude am Alten Schulplatz, ohne dass die Stadt jemals Verpflichtungen für den Bauunterhalt übernommen hat. Das Gebäude wurde bisher kostenlos für die Übernahme einer Pflichtaufgabe der Stadt Lindau zur Verfügung gestellt.

Welche Vorleistung die bisherigen Träger des Kindergartens St. Stephan hier erbracht haben wird deutlich, wenn man die Raumnutzungskosten betrachtet, die die Stadt für andere Betreuungseinrichtungen (z. B. Hort, Familienzentrum) übernimmt. Von jährlich 25.000 bis 30.000 Euro muss man wohl hier ausgehen; jährlich anfallende Kosten, die der Stadt Lindau für den Kindergarten St. Stephan Jahr für Jahr erspart blieben, weil die Evangelische Diakonie in Lindau e.V. ihr Gebäude unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat.



Wenn es nach der Lindauer Stadtverwaltung geht, entsteht nach Jahren der Stagnation und des Hinhaltens bald Deutschlands bestbewachter Kindergarten in kuscheliger Kasernenatmosphäre.

Im Juli 2008 kommt nun überraschend Bewegung in den Vorgang. Die Stadtverwaltung hat die Idee, das frühere Hauptzollamt zu erwerben und der Evangelischen Diakonie in Lindau e.V. für die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen.

Kurze Beine – kurze Wege! Dieser Grundsatz ist wichtig – für Grundschulkindern, für Kindergartenkinder und für Krippenkinder selbstverständlich auch! Die SPD Lindau unterstützt daher uneingeschränkt die Forderung nach dem Fortbestand der Kinderbetreuungsangebote von St. Stephan auf der Insel (vgl. Stadtratsbeschluss vom 22.07.2008). Außerdem verlangen wir von den Verantwortlichen der Stadtverwaltung, endlich die Hausaufgaben zu machen und die bisherige Verzögerungspolitik aufzugeben. Die Zeit drängt! Sollen Kindergarten und Krippenplätze erhalten bleiben, so müssen den Worten nun auch wirklich rasch Taten folgen!

Impressum

Herausgeber:	SPD Ortsverein Lindau Felsgäsele 1, 88131 Lindau
V. i. S. d. P.	Hans-Jörg Boschner
Redaktionsteam:	Hans-Jörg Boschner, Hermann Dorf Müller, Katrin Dorf Müller, Inge Graf, Ursula Heuß, Markus Kick, Barbara Krämer-Kubas
Fotos:	Hans-Jörg Boschner, Inge Graf sowie weitere private Fotos
Satz und Layout:	Markus Kick
Druck:	Druckerei Kleb, Wangen-Haslach

SPD
Ortsverein Lindau

Bildung für alle – jetzt!

Von Katrin Dorfmueller und Thomas Freitag

Studiengebühren, Büchergeld und viel zu große Klassen. In keinem anderen Bundesland hängt der Bildungserfolg so stark vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Bayern. Mit der Kürzung von Mitteln bei den Kindertagesstätten, mit dem G8 und der sechsstufigen Realschule, Studiengebühren und „Eliteförderung“ hat die CSU die soziale Auslese in Bayern weiter verschärft. Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit konnte durch den Druck von SPD und Elternverbänden wieder rückgängig gemacht werden. Die soziale Selektion kann nur überwunden werden, wenn das Bildungssystem komplett – vom frühkindlichen Bereich bis zu den Hochschulen und der beruflichen Bildung – neu aufgestellt und dabei die sozialen Hürden beseitigt werden. Die SPD tritt daher für eine grundlegende Bildungsreform ein, die das Ziel verfolgt: Bessere Bildung für alle!

Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Kindergärten sind mehr als Betreuungseinrichtungen, in denen Kinder abgegeben und „aufbewahrt“ werden bis die – in der Regel berufstätigen – Eltern sie wieder abholen. Bereits hier muss Bildung stattfinden. Kinder sind neugierig und interessiert an ihrer Welt. Dieses spielerische Lernen gilt es zu fördern. In Kindergärten und Co können Kinder so durch gezielte Förderung auch Entwicklungsrückstände aufholen und Benachteiligungen ausgleichen. Da Kinderkrippen, Kindergärten und Kindertagesstätten als Bildungsinstitutionen verstanden werden, müssen diese kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die SPD hält an dem Ziel „Eine Schule für alle“ fest. Nur wenn die Selektion nach der vierten Klasse beseitigt wird, kann der Druck aus der Grundschule genommen werden, unter dem die Kinder dort leiden: Von ihnen wird – über die Eltern und ihre FreundInnen, direkt oder indirekt – erwartet, die Leistungen für den Übertritt auf das Gymnasium oder die Realschule zu erbringen. Kinder, die diese Leistungen nicht erbringen können, fühlen sich als VersagerInnen und ziehen sich oft aus der Schule zurück. Die Lehrerinnen und Lehrer können diese Kinder nicht gezielt fördern, obwohl viele es versuchen: Unter dem Druck des Systems und der Eltern müssen sie Lehrpläne exakt einhalten, müssen sie gerichtlich überprüfbare Noten hervorbringen. Individuelle Förderung, die gerade Unterschiede machen muss, ist so nicht möglich. Nur durch die Gemeinschaftsschule, mit der der Übertrittswahn verschwindet, kann eine Grundschule geschaffen werden, in der die Lehrerinnen und Lehrer jedes Kind in-

dividuell fördern können. Dafür brauchen sie die notwendigen Freiräume: Kleine Klasse, ausreichend Personal, Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Erzieherinnen und Erzieher.

Das Prinzip „kurze Beine- kurze Wege“ darf nicht durch die Vorgaben der Regierung zulasten der kleinen Schulen außer Kraft gesetzt werden. Auch kleinen Schulen sollten für die Kinder erhalten bleiben. Die Einführung von jahrgangskombinierten Klassen (Unterricht für zwei Klassen durch eine Lehrkraft) an den Grundschulen führt letztlich dazu, den Klassenverband durch den jährlichen hälftigen Wechsel der Schüler einer Klasse aufzulösen. Das pädagogische Konzept der Kombiklasse muss außerdem in seiner Umsetzung in Frage gestellt werden! In diesen Klassen sollte zwingend neben dem Klassenlehrer eine Förderlehrkraft eingesetzt werden, damit der Bildungsauftrag überhaupt bewältigt werden kann. Die praktizierte Sparpolitik der bayerischen Regierung lässt hier zu wünschen übrig, da im Regelfall diese Klassenlehrer bei dieser besonderen Herausforderung auf sich allein gestellt bleiben.

Die neuen Gemeinschaftsschulen wie auch die Grundschulen müssen Ganztageschulen sein. Damit kann der Unterrichtsstoff über den ganzen Tag verteilt werden; Unterrichts-, Bewegungs-, Ruhephasen und eigenständiges Lernen wechseln sich ab. Dies kommt dem Lernrhythmus von Kindern und Jugendlichen entgegen.

Die Hochschulen sind (wie auch die Schulen) jetzt schon unterfinanziert, der Bauzustand ist vielerorts katastrophal. Hinzu kommt, dass 2011 der Doppeljahrgang aus dem G8 zumindest zu einem größeren Teil an die Hochschulen wechseln wird. Wir brauchen daher eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen, die dafür sorgt, dass Lehre und Forschung mit regulärem Personal bewältigt werden können. Die zunehmende Verlagerung von Aufgaben auf Lehrbeauftragte, wissenschaftliche oder studentische Hilfskräfte oder Lehrkräfte für besondere Aufgaben mit häufig auf ein Semester befristeten Verträgen und schlechter Bezahlung lehnen wir ab. Gute Bildung und Forschung muss vom Kindergarten bis zur Schule auch ordentlich bezahlt werden. Dies darf jedoch nicht mit Studiengebühren geschehen. Wir dürfen Studierwilligen nicht vermitteln, dass sie nicht studieren dürfen, nur weil ihre Eltern ein zu geringes Einkommen haben.

Leo Wiedemann - unser Kandidat für den Bezirkstag

Leo Wiedemann

- Geboren 1946
- Verheiratet, vier Töchter
- Postbeamter a. D.
- Stadtrat in Lindenberg
- Vorsitzender des Fördervereins der Sing- und Musikschule Lindenberg



Meine Forderungen:

- Die Benachteiligung Schwabens bei der Bayerischen Finanzverteilung muss endlich beendet werden
- Keine Privatisierung der Bezirkskrankenhäuser
- Wohnortnahe Tagespflege in Lindau
- Ausbau und Verbesserung der Frühförderung

Bitte schenken Sie mir am 28. September 2008 Ihr Vertrauen!

Darf ich mich Ihnen vorstellen?



Zur Person:

Bernd Haberkorn, SPD-Landtagskandidat

- geboren am 8.10.1954 in Selb/Oberfranken
- verheiratet seit 1992 und Vater eines 17-jährigen Sohnes und einer 13-jährigen Tochter
- seit 1989 Gymnasiallehrer in Sonthofen und seit 2002 am Hildegardis-Gymnasium in Kempten (zudem Erfahrungen in Realschule, Fachoberschule und Telekolleg)
- Mitglied in der SPD seit 1982
- Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft seit 1985
- seit 2005 Kreisvorsitzender der SPD Oberallgäu und Schatzmeister der Schwaben SPD
- Besuchen Sie auch die Internetseite:
www.Bernd-Haberkorn.de

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es ist Zeit für einen Wechsel in Bayern!

Die nahezu 50-jährige Herrschaft der CSU in Bayern hat zu Erstarrung, Verkrustung und zu Abhängigkeiten in fast allen öffentlichen Bereichen geführt.

Mit meiner Kandidatur will ich dazu beitragen, dass dies beseitigt wird. Der Schwerpunkt meiner Arbeit soll die Bildungs- und Sozialpolitik sein, da beide Bereiche seit Jahrzehnten von der CSU vernachlässigt wurden. Sie bilden aber die Voraussetzung für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Als Landtagsabgeordneter will ich dazu beitragen, dass sie wieder in den Mittelpunkt rücken.

Wir wollen gute Bildung statt CSU-Versagen!

Die 15. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags war geprägt vom Versagen der Staatsregierung und der CSU-Landtagsmehrheit in der Schulpolitik. Es ist ihnen nicht gelungen, die zahlreichen schulpolitischen Baustellen zu schließen. Dramatischer Lehremangel, übervolle Schulklassen, Leistungsdruck und Schulstress prägen die Schullandschaft. Die Zukunftschancen unserer Schülerinnen und Schüler hängen vom Geldbeutel ihrer Eltern ab. Es gibt zu wenig Ganztagsangebote, die dringend notwendige Schulsozialarbeit ist Mangelware. Hauptschulen werden geschlossen, Eltern gehen wegen der Einrichtung von Kombi-Klassen in den Grundschulen auf die Barrikaden. Diese Liste könnte beinahe endlos weitergeführt werden.

Wir fordern in den nächsten vier Jahren jeweils 250 Millionen Euro zusätzlich für Bayerns Schülerinnen und Schüler. Das ist wenig im Vergleich zu den fast fünf Milliarden Euro, die das Versagen der CSU-Politik beim Landesbank-Desaster kostet. Wir sagen: Schluss mit dem frühen Aussortieren der Kinder auf die drei Schultypen Hauptschule, Realschule und Gymnasium und eine längere gemeinsame Schulzeit. Dann verlassen nicht mehr wie gegenwärtig 10 Prozent eines Schülerjahrgangs die Schule ohne Abschluss.

Wir brauchen Schulen, die ihre Schülerinnen und Schüler nachmittags mit individuellen Freizeit- und Lernangeboten fördern.

Keine Klasse darf mehr als 25 SchülerInnen haben.

Wir müssen die wohnortnahen Schulen erhalten – vor allem im Grundschulbereich.

Wir brauchen mehr Lehrerplanstellen anstatt hunderter arbeitslos gemachter Junglehrer allein in diesem Jahr.

Die Absicherung der Lernmittelfreiheit gehört in die Bayerische Verfassung.

Sozialpolitik darf nicht kaputt gespart werden!

Wir machen Schluss mit dem Sparwahn im sozialen Bereich. Haushaltspolitik muss den Menschen dienen!

Das letzte Kindergartenjahr muss kostenlos werden.

Gleichzeitig brauchen wir mehr und gut ausgestattete Kinderkrippen.

Kindern aus Familien in finanzieller Not muss geholfen werden.

Die Mittel für Schuldnerberatung müssen aufgestockt werden.

Vor allem müssen die Zuschüsse für die Wohlfahrtsverbände und Kommunen im Bereich Integration und Ausstattung von Alten- und Pflegeheimen wieder hergestellt werden.

Auch in Bayern müssen alle Menschen von ihrer Arbeit menschenwürdig leben können. Frauen müssen für die gleiche Arbeit genauso viel Lohn erhalten wie Männer.

Für unsere Region gilt

- Förderung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Betrieben im technologisch-innovativen Bereich,
- Förderung von Unternehmen im Umweltbereich,
- vor allem aber bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ausbau qualifizierter Kinderbetreuung.

Gehen Sie zur Wahl und wählen Sie die CSU ab! Geben Sie mir und der Bayern-SPD Ihre Stimme!

Ihr

Bernd Haberkorn

„Auf Schnüffeltour“ in Lindau

Von Inge Graf

Als am 21. März 2003 der Arbeitskreis „Bauen und Wohnen“ Behinderte und Senioren in einem Brief an die Stadtverwaltung Lindau bat, die schlimmen Zustände in öffentlichen Toiletten zu beseitigen, konnte er nicht ahnen, dass so viele Jahre ins Land ziehen würden, um ein Problem anzugehen, auf das damals eine an den Rollstuhl gefesselte Urlauberin ihre Gastgeberin aufmerksam gemacht hatte.



Hinweisschilder verweisen zwar brav auf behindertengerechte Toiletten, ...

Grund genug, nun im Rahmen einer „Schnüffeltour“ den aktuellen Zustand von Lindaus „stillen Örtchen“ näher unter die Lupe zu nehmen, insbesondere auf der Insel, dem Ziel für tausende von Menschen täglich und deren damit verbundenen Bedürfnissen. Und da das menschliche Rühren und dessen Abhilfe nicht nur Behinderte, sondern alle Menschen betrifft, wurde auch gleich nach vorhandenen Wickeltischen geschaut und die Oberbürgermeisterin am 19. Juni 2008 persönlich auf deren Fehlen hingewiesen.

Autofahrer mit Behinderung finden auf den großen Parkplätzen an der Blauwiese, am Karl-Bever-Platz und auf der Hinteren Insel kein für sie geeignetes WC. Wenn sie Glück haben, schaffen sie es noch bis zum Behinderten-WC am Inselhallenpark-

platz, aber dann werden sie gleich zu Streckübungen gezwungen, denn das Euro-Schloss für den Behindertenschlüssel ist viel zu weit oben angebracht! Strecken müssen sich auch mittelgroße Damen in Damen-WC, weil der Spiegel viel zu hoch über dem Waschtisch angebracht ist. Da haben es die Herren schon besser, ihr Spiegel hängt wesentlich tiefer.

Dem neuen Hochglanzprospekt von Lindau liegt ein Stadtplan bei, auf dem nicht alle Behindertentoiletten eingezeichnet sind. So fehlt beispielsweise der Hinweis auf die Behindertentoiletten am „Alten Rathaus“ und am „Brettermarkt“. Aber man kann ihn getrost vergessen, denn die Türen öffnet nur ein Münzautomat. Es wurde schlichtweg vergessen, dass Behinderte europaweit über einen genormten Schlüssel verfügen, aber auch ein dafür genormtes Türschloss brauchen. Die Stadtverwaltung hat ihren Fehler erkannt! Jetzt prangt ein Schild an den Türen: Die Gratis-Münze für Behinderte ist am Kiosk erhältlich – so er denn geöffnet hat. Aber nicht alle Behinderten sitzen im Rollstuhl. Es gibt beispielsweise auch Behinderte mit künstlichem Darmausgang. Die müssen sich beim Verlangen nach der Gratismünze entweder selbst outen oder doch 50 Cent bezahlen.

Toll, dass am Rand des Seehafens nun das neueste WC-Häuschen aufgestellt ist. Lang hat es gedauert und die Hafenwirte sind endlich entlastet. Aber wieso ist denn das Vorfeld der Neuanlage so gepflastert, dass Rollstuhlfahrer und Senioren mit Rollis Gefahr laufen, in den Pflasterfugen stecken zu bleiben? Die Tür des Behinderten-WCs geht viel zu schwer auf. Sie muss vom Rollstuhl aus aufgestemmt werden, und der Behinderte muss fürchten, dass sie schnell wieder auf ihn zukommt, bevor er den Raum erreicht hat.

Wickeltische fehlen völlig. In den städtischen WC-Anlagen gibt es keinen einzigen Wickeltisch. So sehen sich Eltern mit Kleinkindern immer noch genötigt, bei der Gastronomie nach einer diesbezüglichen Möglichkeit zu fragen. Die Kids sind ja schließlich die Gäste von morgen.

Hier könnte Ihr Werbetext stehen!

Kontakt unter 08382 - 9431766



... aber Rollstuhlfahrer stoßen nicht nur wegen des Kopfsteinpflasters immer wieder auf kleinere und größere Hürden.

Ein gutes Signal der Stadt gegenüber Eltern, Großeltern und Kindern wäre es, wenn im WC neben dem Spielplatz am Kleinen See ein Wickeltisch existierte. Platz für klappbare Einrichtungen gäbe es übrigens in allen WC-Anlagen.

Stimmig ist das WC-Angebot im Hauptbahnhof. Hier passt alles: genormter Euro-Schlüssel und genormtes Schloss für Behinderte, eine Tür, die sich zeitverzögert schließt, und für die Kleinen steht ein Wickeltisch parat. Aber der Hauptbahnhof hat ja auch nicht die Stadt Lindau als Betreiber.

Die SPD Lindau fordert daher die Stadtverwaltung auf, die EU-Richtlinie für behindertengerechte Toiletten endlich umsetzen.